

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung vom 15. Juli 2010

Im ersten Tagesordnungspunkt wurden folgende Geschäftsstücke gemeinsam diskutiert:

- **[Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Mag. Leichtfried u.a. betreffend Erlassung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes \(NÖ MSG\)](#)**

(Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne)

- **[Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung](#)**

(Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne)

LAbg. Tauchner bezeichnete die Mindestsicherung in seinen Ausführungen als falschen Weg und sprach von einem Husch-Pfusch Gesetz. Er äußerte vor allem die Befürchtung, dass man damit dem Missbrauch von Sozialleistungen Tür und Tor öffnet. Darüber hinaus sei diese Sozialleistung auch ein Schlag ins Gesicht all jener Menschen, die etwa in geringfügigen Beschäftigungen weit weniger als die veranschlagte Mindestsicherung verdienen. Im Hinblick darauf sei diese Mindestsicherung sogar kontraproduktiv und nehme die Motivation überhaupt arbeiten zu gehen. Zudem stelle die Mindestsicherung aber auch einen zusätzlichen Anreiz für Menschen aus den EU-Oststaaten dar, nach Österreich zu kommen und diese Sozialleistung zu beanspruchen. Ein Wohnsitz und ein Arbeitsplatz über einen Zeitraum von drei Monaten, würde dafür bereits reichen. Das bisherige Sozialhilfesystem sei demnach, mit kleinen Adaptionen, wesentlich treffsicherer gewesen. Wenn es nach den Plänen der EU geht, werden demnächst auch Asylwerber die Berechtigung haben derartige Sozialleistungen zu konsumieren, ohne jemals einen Cent in das Sozialsystem einbezahlt zu haben. Welches Signal das für die Bezieher von Mindestpensionen ist, muss wohl nicht näher erläutert werden.

Besondere Kritik übt Tauchner am Umstand, dass man diese Mindestsicherung ohne eine flankierende Reform des Arbeitsmarktes beschließt. Abschließend kündigte Tauchner daher an, dass die FPÖ diesem unausgegorenen Gesetzesentwürfen nicht zustimmen wird.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum [Bericht der Rechnungshofes über Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen](#)

(Antrag den Bericht nicht zur Kenntnis zu nehmen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne)

(Der Antrag von FPÖ und SPÖ einen Untersuchungsausschuss einzuberufen wurde von der ÖVP abgelehnt)

KO Stv. Königsberger sagte dazu dass die, von LH Stellvertreter Sobotka angekündigte "Wundersame Wohnbaugeldvermehrung" ist nie, auch nicht in den wirtschaftlich guten Jahren, eingetreten, sondern vielmehr zum größten Finanzskandal in der Geschichte Niederösterreichs geworden. Nicht nur, dass man das veranlagte Investitionsvolumen nicht halten konnte, sondern mittlerweile sogar eine Milliarde Euro Defizit hat, gab es auch zu keiner Zeit den von der ÖVP herbeigeredeteten Gewinn. Sobotka rühmt sich zwar damit, jedes Jahr etwa 200 Mio. Euro in das Landesbudget überführt zu haben, verschweigt jedoch, dass diese Summe nie aus einem Gewinn, sondern lediglich aus der Substanz genommen wurde.

Diese Entwicklung ist an sich schon schlimm genug, doch tatsächlich muss man auch noch eine weitere Rechnung anstellen. "Ursprünglich hatten die aushaftenden Wohnbaugelder einen Wert von rund. 8 Milliarden Euro. Diese Darlehen wurden dann um fast die Hälfte ihres Wertes, um 4,2 Milliarden zu Geld gemacht. Davon sind mittlerweile nur mehr 3 Milliarden übrig geblieben. Wenn man diesen peinlichen Wert der Ausgangssituation gegenüberstellt, muss man zum Schluss kommen, dass Sobotka mittlerweile etwa 5 Milliarden Euro fehlen. Um diese Summe zu verdeutlichen: 5 Milliarden Euro auf einem Stapel von Hundert Euro Scheinen ergäbe eine Gesamthöhe von 5000 Metern, so hoch ist kein Berg in Österreich!", sagte Klubobmann Stv. Erich Königsberger.

Als wäre dieser astronomische Verlust nicht schlimm genug, beschäftigen Sobotka derzeit aber noch andere Probleme. Bei den aushaftenden Wohnbaudarlehen kommt es aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage zu horrenden Ausfällen, für die das Land vertraglich geradestehen muss, obwohl diese ja eigentlich verkauft wurden. Etwa 20 Millionen Euro sind derzeit definitiv ausgefallen, Darlehen im Wert von etwa 140 Millionen Euro sind "notleidend" und daher eine weitere Bedrohung für das NÖ Landesbudget. Bisher hat Sobotka noch nicht gesagt, mit welchen Budgetmitteln er das machen will!", so Königsberger.

Als „Skandal“ bezeichnete Königsberger die Kritik von LH Pröll am Rechnungshof: „Gott sei Dank haben wir in diesem Land noch eine Institution, die nicht nach der Pfeife der ÖVP tanzt. LH Pröll sollte die Gelegenheit nutzen, sich hinter die Bürger in Niederösterreich zu stellen, deren Geld von Sobotka im internationalen Finanzcasino verzockt wurde. Es ist daher absolut unverständlich, dass Pröll seinen Pleitefinanzreferent Sobotka weiter deckt und jetzt sogar dem Rechnungshof Irrtum unterstellt. Auch die ÖVP in diesem Lande muss das unparteiische Urteil des Rechnungshofes zur Kenntnis nehmen und entsprechende Konsequenzen daraus ziehen. Für den NÖ Landtag ist nun die politische Verantwortung dieses Desasters zu klären. Er forderte einmal mehr den kontrollierten Ausstieg aus den Veranlagungen und den Rücktritt von LH Stv. Sobotka.

KO Waldhäusl wies in seiner Rede neuerlich darauf hin, dass der RH den Verlust einer Milliarde € aus der Veranlagung der NÖ Wohnbaugelder bestätigt hat. Er kritisierte dabei vor allem die Wehleidigkeit der ÖVP, die aufgrund eines Rechnungshofberichtes, der ihr offensichtlich nicht gefällt, nicht davor zurückschreckt, dem Rechnungshof und seinem Präsidenten Moser Irrtum, Inkompetenz und Parteilichkeit vorzuwerfen. Das sei, so der Klubobmann, ein Ergebnis einer zu Kopf gestiegenen absoluten Mehrheit der VP. Die ÖVP würde immer wieder für sie unangenehme RH-Berichte oder Gerichtsurteile bezweifeln, das sei einer Partei, die sich als staatstragend bezeichnet unwürdig.

Abschließend hält der Klubobmann fest, dass Grundsatzbeschlüsse und Richtlinien zu den Veranlagungen nicht eingehalten wurden und insgesamt eine Milliarde Euro fehlt. Deshalb forderte auch er die sofortige Einberufung eines Untersuchungsausschusses, um die politische Verantwortung für diese Finanzkatastrophe zu klären. In einer weiteren Wortmeldung in der der Klubobmann auf den VP-Vorwurf, die Unwahrheit zu sagen, reagierte schlüsselte er nochmals auf, in welchen Bereichen die ÖVP mit falschen Informationen arbeitet: Während der Rechnungshof davon spricht, dass eine Milliarde Euro fehlt, spricht die ÖVP von einem Gewinn von 600 Millionen. Weiters wurde der Landtag nicht in der Form, wie es im Grundsatzbeschluss festgelegt wurde, über den Stand der Veranlagungen informiert worden. Darüber hinaus hat der Rechnungshof klar festgestellt, dass über 40% der Wohnbaugelder in alternative Investments gesteckt wurden. Auch diese Vorgehensweise ist durch den Grundsatzbeschluss nicht gedeckt gewesen. Abschließend verwies der Klubobmann

auf das von der ÖVP bestellte Gutachten eines Universitätsprofessors, der darin sein eigenes Gutachten, das er Monate zuvor für die Fibeg erstellt hat, selbst widerlegt.

Presseaussendung dazu:

Waldhäusl: ÖVP Ablehnung des RH Berichtes und Beschimpfungen in Richtung Rechnungshof sind einer Demokratie unwürdig

Utl.: Offenbar ist den Schwarzen ihre absolute Mehrheit bereits zu Kopf gestiegen

„Ich bin erschüttert darüber, mit welcher Machtarroganz die ÖVP in Niederösterreich agiert!“, sagt KO Gottfried Waldhäusl.

In Richtung der ÖVP sagt Waldhäusl: „Es ist für eine Demokratie höchst bedenklich, wenn eine einzige Partei mit 54% der Stimmen 100% der Macht in Händen hält. Wohin das führt, sieht man aktuell bei der Debatte um den Milliardenverlust bei den NÖ Wohnbaugeldern, wo die Volkspartei schmollend im Winkel steht und nicht davor zurückschreckt, den RH und seinen Präsidenten Dr. Josef Moser zu beleidigen und ihm sogar Irrtum und Inkompetenz zu unterstellen!“.

„Wenn die ÖVP heute den RH-Bericht ablehnt, ist dieses Verhalten ein Grund mehr dafür, einen Untersuchungsausschuss einzuberufen, um die politische Verantwortung für dieses Desaster zu klären! Wir stehen nicht, wie etwa der Herr Landeshauptmann auf Seiten des Zockers Sobotka, sondern auf Seiten der NÖ Bürger und Steuerzahler!“, schließt Waldhäusl.

Ende der Sitzung um 17.00h